



Ausschuss für Kultur und Medien

52. Sitzung (öffentlich)

24. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

17:55 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Gesetz zum Siebzehnten
Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9516

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, ein Votum abzugeben.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten, die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 16/9516 – zu empfehlen.

2 Achtzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) 5

Antrag
der Landesregierung auf Zustimmung
zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 16/9758

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung zuzustimmen.

3 Verschiedenes 6

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9516

Vorsitzender Karl Schultheis erinnert an die gemeinsam mit dem federführenden Hauptausschuss durchgeführte Anhörung und teilt mit, nun sei darüber zu entscheiden, ob und gegebenenfalls welches Votum der Ausschuss abgebe.

Thorsten Schick (CDU) spricht sich gegen die Abgabe eines Votums aus. Neben sehr vielen positiven Äußerungen seien in der Anhörung zum Ausführungsgesetz Unklarheiten bei der Entsendung kritisiert worden. Das Protokoll der Anhörung liege noch nicht vor. Deshalb rege er an, die Entscheidung über die Abgabe eines Votums zu verschieben.

Alexander Vogt (SPD) plädiert für eine Entscheidung in der laufenden Sitzung.

StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) präzisiert, es gehe lediglich um einen Hinweis des stellvertretenden Justizars des ZDF mit Blick auf die Einigung von Institutionen zur Entsendung einer Person. Darin könne zwar ein Problem stecken, doch auch der stellvertretende Justiziar des ZDF habe ausdrücklich mitgeteilt, mit dieser Ausführungsbestimmung leben zu können. Den Fall, dass sich Institutionen nicht auf eine Entsendung verständigt hätten, habe es bislang noch nicht gegeben.

Selbstverständlich könnten alle anderen Varianten noch einmal geprüft werden. Er gebe jedoch zu bedenken, dass kein anderer Sachverständiger diese Regelung beanstandet habe. Auch der Hinweis des stellvertretenden Justizars habe diese Regelung nicht materiell infrage gestellt.

Thomas Nüchel (FDP) entgegnet, der stellvertretende Justiziar habe eine Präzisierung eingefordert. Deshalb halte er es für erforderlich, auf die Vorlage des Sitzungsprotokolls zu warten und in der laufenden Sitzung noch kein Votum abzugeben.

Auch **Lukas Lamla (PIRATEN)** tendiert dazu, in der laufenden Sitzung kein Votum abzugeben, da er an der Anhörung nicht teilnehmen können und aufgrund der Äußerungen der Abgeordneten Schick und Nüchel nun verunsichert sei.

Vorsitzender Karl Schultheis weist darauf hin, dass die zeitliche Abfolge bekannt gewesen sei. Trotzdem habe man sich zu dieser Terminierung entschlossen, damit das Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen werden könne.

Bei Bedarf könnten im federführenden Hauptausschuss noch Änderungsanträge eingebracht werden.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, ein Votum abzugeben.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten, die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 16/9516 – zu empfehlen.